



ALTERNATIVE NACHRICHTEN GÜNZBURG KRUMBACH

Ausgabe 14
Oktober/November 2021

SPEZIAL:

AUTOFAHREN NUR FÜR REICHE

Die Bundesregierung schreitet zügig voran auf ihrem Weg zum totalen Verbot des Individualverkehrs. Mit dem neuen Bußgeldkatalog und der Anhebung der CO2-Steuer werden bald nur noch Superreiche im eigenen PKW unterwegs sein dürfen – wenn sich nicht bald Widerstand in der Bevölkerung regt.

In zweiter Reihe geparkt? Das kostet ab sofort 110 statt 15 Euro. Ein einfacher Parkverstoß? Das macht zukünftig 55 Euro statt 15. Diese vollkommen unverhältnismäßige Anhebung der Bußgelder beweist einmal mehr, dass die Altparteien die Individualmobilität schleichend verbieten wollen. Und dabei fangen sie mit den Bevölkerungsschichten an, die sich aufgrund niedriger Einkommen kaum dagegen wehren können. Hätte die Regierung ein Interesse an

einer sozial gerechten „Verkehrswende“, hätte sie die neuen Bußgelder abhängig vom Einkommen gemacht – so, wie es in vielen anderen Ländern bereits der Fall ist. Stattdessen zeigt der neue Bußgeldkatalog, für wen die Regierung wirklich Politik macht: Für die Superreichen und gegen die arbeitende Bevölkerung. Wenn die Gesellschaft nicht bald das Machtkartell der Altparteien aufbricht, wird es bereits in wenigen Jahren keinen bezahlbaren Individualverkehr in Deutschland mehr geben. Wer also zukünftig noch mit dem Auto statt mit dem Lastenrad fahren will, der muss jetzt aktiv werden. Wir brauchen dringend wieder eine konservative, bürgerorientierte Politik, Freiheit statt linker Ideologie und gesunden Menschenverstand statt pseudogrünem Fanatismus.

- **Berufsheuchler Söder**
- **Klimahype in Günzburg**

Weitere Themen:

- **Titel: Autofahren nur für Reiche**
- **TOPTHEMA: Energiepreise**
- **Indirekte Impfpflicht**
- **Muezzinruf in Deutschland**
- **INFO: Dammsanierung**
- **Kindergarten im Bundestag**
- **Befangenheit bei Gericht**
- **Profiteure der Regulierung**
- **Die gute Nachricht**

TOPTHEMA: ENERGIEPREISE

Vertreter aller Parteien, Ökonomen und Verbraucherschützer beklagen derzeit die schnell und massiv steigenden Energiepreise. Die EU sucht angeblich Antworten auf diesen aktuellen Energiepreis-Schock, dabei sind die Probleme weitestgehend selbstverschuldet: Für EU-Bürger wird Energie vor allem deswegen immer teurer, weil die staatliche Abgabenlast auf Strom und fossile Energieträger zunimmt. Aktuell spielen zusätzlich Markteffekte eine Rolle bei den steigenden Preisen, jedoch ist und bleibt der Staat der größte Treiber der Energiepreise. Man darf

dringend höhere Energiepreise notwendig seien. Man erhöhte daraufhin wie besessen die staatliche Abgabenlast und verteuerte damit konventionelle Energieträger künstlich. Insbesondere durch die CO₂-Steuer nahmen Kraftstoff- und Heizkosten für Bürger und Wirtschaft damit massiv zu. Durch die gesetzlich festgelegte Preissteigerung für CO₂ wird eine Familie mit Haus und Auto bis zu 1600 Euro jährlich zusätzlich bezahlen müssen. Gleichzeitig stagnieren die Gehälter und es gibt eine starke Inflation. Die AfD hat für diesen energie-



deswegen nun nicht zulassen, dass sich die Altparteien rausreden und die steigenden Preise auf Lieferstaaten oder auf den Energiemarkt schieben. Die Politik ist verantwortlich! Der staatliche Anteil beim Strompreis liegt bei 51 Prozent, beim Benzinpreis sind es sogar 60 Prozent. Bei einem Benzinpreis von 1,65 kassiert der Staat also einen ganzen Euro je Liter.

Das ganze vergangene Jahr über hörte man von sämtlichen Politikern der Altparteien sowie von Brüsseler Bürokraten nichts anderes, als dass zur Bewältigung der sogenannten „Klimakrise“

politischen Wahnsinn längst die passenden Antworten parat: Die CO₂-Steuer muss sofort gestrichen werden, ebenso das sündhaft teure EEG. Das würde die wesentlichen Ursachen der gegenwärtigen Energiepreiskrise beheben, die von den Altparteien und den Brüsseler Bürokraten überhaupt erst in die Welt geschafft wurden.

Mit dem EEG machen sich Finanzinvestoren auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen voll, mit der CO₂-Steuer kassiert der Staat ab. Diese gnadenlose Abzocke zulasten von Bürgern und Unternehmen muss aufhören.

Berufsheuchler Söder

Markus Söder ist der geborene Berufspolitiker: Ein Wendehals und Opportunist sondergleichen und dreist genug, um sich zu ausnahmslos jedem Thema zu äußern. Als Reaktion auf die derzeit massiv steigenden Gaspreise twitterte Söder:

„Wir brauchen eine echte Gaspreisbremse für den Winter.“

Das schreibt wohlgermerkt der gleiche Markus Söder, der sich gerade erst für eine Anhebung der CO₂-Steuer auf Erdgas ausgesprochen hat. Es ist schwer, die passenden Worte für einen derart unanständigen Opportunismus zu finden. Söder weiß genau, dass das politische Gedächtnis vieler Wähler nicht weit zurückreicht. Ein paar wohlklingende Sätze reichen da vollkommen aus, um sich die Wählergunst zu sichern – ganz egal, ob man wenige Wochen zuvor noch das exakte Gegenteil gefordert hat.

Es ist ein schlechtes Zeichen, wenn es Menschen in Deutschland mit derart abstoßender Heuchelei so weit bringen können.





„Eine Islamisierung findet nicht statt.“

...schreiben linksgrüne Journalisten gebetsmühlenartig seit 2015

In Köln darf der islamische Gebetsruf ab sofort über Lautsprecher im Stadtgebiet verbreitet werden. Köln ist damit die erste deutsche Großstadt, die den Ruf des Muezzins als „kulturelle Bereicherung“ erlaubt.

INDIREKTE IMPFPFLICHT

Bundes- und Landesregierungen drängen ungeimpfte Bürger zunehmend in die Ecke. Mit der Streichung kostenloser Tests werden insbesondere einkommensschwache Haushalte und Studenten faktisch zur Impfung gezwungen. Diese ungeheuerliche Diskriminierung wird stets mit den gleichen Phrasen von Solidarität und „Schutz der Anderen“ begründet, dabei zeigen die vorliegenden Daten längst: Die Impfung schützt höchstens den Geimpften selbst, jedoch nicht sein

Umfeld. Die vielen Ausbrüche in Umgebungen mit sehr hoher Impfquote (z.B. Pflegeheimen) beweisen, dass die Corona-Impfung weder Infektion noch Infektiosität verhindert, sie hat dementsprechend rein gar nichts mit „Solidarität“ zu tun. Die Impfung bietet höchstens einen Eigenschutz und auch hier bleiben Zweifel. Es muss deswegen die Frage erlaubt sein, warum die Regierung trotz dieser Erkenntnis die gesamte Gesellschaft zur Impfung nötigen will.

MUEZZINRUF IN DEUTSCHLAND

Die Stadt Köln hat ein Pilotprojekt gestartet, mit dem der islamische Muezzinruf nun auch in der deutschen Metropole über Lautsprecher verbreitet werden darf. Wer also zukünftig Freitagnachmittag durch Köln spaziert, wird nicht selten von islamischen Gebetsrufen begleitet werden. Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker sagte wörtlich:

„Ich freue mich, dass wir mit diesem Modellprojekt den berechtigten religiösen Interessen

*der vielen Muslim*innen in unserer weltoffenen Stadt Rechnung tragen. [...]“*

Wie wiederholten die linksgrünen Massenmedien in den letzten Jahren doch gebetsmühlenartig *„Eine Islamisierung findet nicht statt.“* Das kommt einem irgendwie bekannt vor und erinnert an ein historisches Zitat eines sozialistischen Berufslügners aus der DDR:

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

INFO: DAMMSANIERUNG

Die Obere Donau Kraftwerke AG beabsichtigt, die Dämme westlich der Donaustaustufe Offingen in den Gemarkungen Offingen, Gundelfingen und Reisenburg zu sanieren. Hierdurch soll die Sicherheit der in den 1960er Jahren errichteten Dämme auch bei sehr starken Hochwässern gewährleistet werden. Die Stauhöhe, der Wasserabfluss und die sonstigen technischen Daten

der Staustufe sollen nicht verändert, sondern nur die Betriebssicherheit der Anlage verbessert werden. Hierzu ist an den Dämmen neben verschiedenen technischen Verbesserungen bereichsweise auch eine Erhöhung der Dammkrone um bis zu 0,55 Meter vorgesehen, überwiegend jedoch eine bloße Kronenwiederherstellung zum Setzungsausgleich.

Etwaige Einwendungen, Äußerungen oder Fragen sowie Stellungnahmen von Vereinigungen sind spätestens bis 06.11.2021 schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben.

KINDERGARTEN IM BUNDESTAG

Die Altparteien im Deutschen Bundestag wollen nicht neben der AfD sitzen. Vertreter von FDP und Union beschwerten sich derzeit beim Bundestagspräsidium wegen der geplanten Sitzordnung, ganz so, als gäbe es aktuell keine anderen Probleme in der Bundesrepublik. Die Abgeordneten könnten sich beispielsweise um die explodierende Inflation kümmern,

die durch das hemmungslose Gelddrucken der Zentralbanken und das Abwürgen der Wirtschaft durch die unsinnigen Lockdowns politisch verursacht wurde. Oder sie könnten überlegen, wie sie die furchtbare Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte bzw. Ungeimpfte überwinden können. Oder aber die Herren Volksvertreter könnten überlegen, wie Geringverdiener und Rentner

dieses Jahr ihre Heizkosten bezahlen sollen, denn Millionen Bürgern droht unter anderem wegen der staatlichen CO₂-Steuer ein eiskalter Winter. Doch diese Themen wären den Vertretern der Altparteien vermutlich zu anstrengend und so spielt man weiter die beleidigte Leberwurst im teuersten Kindergarten der Welt – dem Bundestag. Manchen ist wirklich gar nichts peinlich.

BEFANGENHEIT BEI GERICHT

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth, war vor seiner Zeit als höchster Richter Deutschlands Bundestagsabgeordneter der CDU. Daneben war er auch Mitglied des Bundesvorstands seiner Partei. Im Jahr 2018 wurde er dann - wiederum vom Deutschen Bundestag - zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Der Bayerische

Rundfunk schrieb am 30.09.2021:

„Die eine Hälfte der Verfassungsrichter wird vom Bundestag, die andere vom Bundesrat gewählt. Es braucht also konsensfähige Kandidaten und solche mit einem gewissen politischen Netzwerk vor allem zu SPD und CDU.“

Wenn also für die Wahl zum Verfassungsrichter ein politisches Netzwerk zu den Regierungs-

parteien vorhanden sein muss – wie unbefangen und neutral können die entsprechenden Kandidaten dann sein?

Diese Frage muss in einer Demokratie erlaubt sein und wir sollten ihr unvoreingenommen nachgehen. Wenn die Politik selbst das Gremium besetzt, das die verfassungsgemäße Kontrolle der Parlamente innehat, dann ist das ein Widerspruch in sich.

PROFITEURE DER REGULIERUNG

Vor allem im Mittelstand und in der Landwirtschaft sorgt die politisch herbeigeführte Überregulierung zunehmend für Wettbewerbsnachteile. Jedes Jahr müssen sechs Prozent der Milchviehbetriebe aufgeben, ähnlich sieht es bei mittelständischen Unternehmen des produzierenden Gewerbes aus. Manch einer vermutet hinter der Überregulierung einfach eine kurzsichtige Politik ohne gesunden Menschenverstand, doch diese Erklärung greift deutlich zu kurz.

Um zu verstehen, warum insbesondere der Mittelstand durch Regulierung geschwächt wird, muss man sich die Profiteure dieser Entwicklung einmal genauer ansehen. Nehmen wir einmal den Pharma- und Agrarinvestor Bill Gates: Dieser nimmt über seine einflussreiche Stiftung seit Jahrzehnten Einfluss auf die globale Gesundheits- und Agrarpolitik, vor allem in Entwicklungsländern. Die von

ihm angestoßenen „Reformen“ hatten jedoch einen interessanten Nebeneffekt: Sie schwächten vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte, unter anderem in den USA und in Afrika. Durch politisch erzwungene Auflagen und Vorgaben konnten viele Betriebe nicht mehr vernünftig wirtschaften, woraufhin sie aufgaben. Und was geschah dann? Bill Gates kaufte eifrig ihre Flächen auf und ist mittlerweile der größte Ackerlandbesitzer in den USA.

Seit rund zwei Jahrzehnten wirken internationale Investoren nun auch mit Hochdruck auf eine Überregulierung der europäischen Landwirtschaft hin, denn man möchte auch hier gerne seine Milliarden in landwirtschaftliche Fläche investieren. Dafür müssen aber erst die Bauern weichen, deswegen setzen sich die Milliardenkonzerne eifrig für immer neue politische Auflagen ein. Wir müssen anfangen, uns dagegen zu wehren.

„Bill Gates ist mittlerweile der größte Ackerlandbesitzer in den USA.“



KLIMAHYPE IN GÜNZBURG

Die Stadt Günzburg bezieht seit 2014 sogenannten „Ökostrom“. Der Stadtrat feiert sich selbst dafür, dass man nun einen echten Beitrag zum Klimaschutz leisten würde – doch ist das wirklich so? Dazu muss man verstehen, wie der Ökostrommarkt funktioniert. Schließt ein Stromkunde einen Ökostromvertrag ab, wird ihm auf dem Papier (also rein bilanziell) ein höherer Anteil des insgesamt verfügbaren Ökostroms zugewiesen. Einem anderen Stromkunden mit normalem Vertrag wird (ebenfalls nur auf dem Papier) gleichzeitig ein kleinerer Anteil Ökostrom zugewiesen. Es handelt sich also um eine rein bilanzielle Verschiebung, die Stromerzeugung selbst wird durch einen zusätzlichen Ökostromvertrag nicht „grüner“. Hat sich also der Günzburger Stadtrat mit dem Ökostromvertrag einen teuren Bären aufbinden lassen?

DIE GUTE NACHRICHT

Angela Merkel ist bald weg – doch sie vermachst uns eine politische Schreckensbilanz sondergleichen. Die ehemalige DDR-Funktionärin hinterlässt nach 16 Jahren Kanzlerschaft ein gesellschaftliches, wirtschaftliches und kulturelles Trümmerfeld, wie es Deutschland in der gesamten Nachkriegszeit nicht erlebt hat. Unsere Gesellschaft ist nach 16 Jahren „Mutti“ gespalten wie nie.

Unsere Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand sind durch Überregulierung und Überbesteuerung kaum noch wettbewerbsfähig und selbst in unserer Leitindustrie, dem Fahrzeugbau, geschieht außer einem massiven Stellenabbau nicht mehr viel Neues. Im letzten Jahr ihrer Kanzlerschaft hat Merkel den wohl bislang größten Keil in die Gesellschaft getrieben,

indem sie die Bürger in Geimpfte und Ungeimpfte aufteilte und vorsätzlich zuließ, dass sich ein nie dagewesener Hass im Land ausbreitet.

Ja, man darf sich angesichts dieser Bilanz darüber freuen, dass wir Angela Merkel bald los sind. Sie ist eine geistige Brandschatzerin und niemand bei klarem Verstand wird diese Frau jemals vermissen.

IMPRESSUM | V.i.S.d.P.

ANSCHRIFT:

Gerd Mannes, MdL
Max-Planck-Straße 1
81675 München

TELEFON:

089 4126-3412

E-MAIL:

gerd.mannes@afd-landtag.bayern

Bildnachweise:

Seite 2: Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-10-12_Markus_Söder_CSU_8341.jpg), „2018-10-12 Markus Söder CSU 8341“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>

Seite 6: Guido Radig (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Maximilianeum_-_Frontseite_-_Panorama.jpg), „Maximilianeum - Frontseite - Panorama“, Zusschnitt und Änderung auf S/W, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

Besuchen Sie mich unter:

www.gerd-mannes.de

www.instagram.com/gerdmannes/

www.facebook.com/GerdMannes/

www.twitter.com/GerdMannesAfD

